



## Presseinformation

**Gutachten von Professor Jürgen Oelkers im Auftrag der Deutsche Telekom Stiftung und der Robert Bosch Stiftung: Aufhebung des „Kooperationsverbots“ ist erster, ganz wichtiger Schritt für ein besseres Bildungssystem.**

**Direkte finanzielle Zuwendungen des Bundes im Bildungsbereich notwendig – Schulen und Kommunen brauchen mehr Zuständigkeiten - Länder müssen besser zusammenarbeiten – Evaluation der Kultusministerkonferenz erforderlich - Expertenrunde wird Konzept zur Optimierung des Bildungsföderalismus erarbeiten.**

**Bonn/Stuttgart, 7. Juni 2011:** Zur Verbesserung des deutschen Bildungssystems sollte das im Grundgesetz verankerte „Kooperationsverbot“ (Art. 91b, 104b) aufgehoben werden, der Bund also finanzielle Mittel zur Unterstützung der gesetzlich festgelegten Bildungsaufgaben der Länder einsetzen dürfen. Das ist aber nur ein Baustein der nötigen, umfassenden Reform des deutschen Bildungssystems. Dazu gehören deutlich erweiterte Zuständigkeiten von Schulen und Kommunen, eine umfassende Zusammenarbeit der Länder in Bildungsfragen sowie eine Evaluation der Kultusministerkonferenz. Das sind die Kernergebnisse der Expertise „Bildungsföderalismus und Kooperationsverbot“, die Prof. Dr. Jürgen Oelkers, Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Zürich, im Auftrag der Deutsche Telekom Stiftung und der Robert Bosch Stiftung angefertigt hat.

Die Studie erörtert, was die Entwicklung des deutschen Bildungssystems hemmt, was unter den gegebenen Bedingungen verändert werden kann, welche Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen für ein verbessertes Bildungssystem wünschenswert sind und welche Folgen die Aufhebung des Kooperationsverbots hätte.

„Die Expertise zeigt, dass zur Verbesserung unseres Bildungssystems die Aufhebung des Kooperationsverbots eine zentrale Stellschraube ist. Diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich. Denn der Bund sollte dort mitzahlen dürfen, wo es in unserem Bildungssystem zwicket. Die Länder sind vor allem im Schulwesen einfach alleine nicht in der Lage, das zu liefern, was dringend notwendig

ist. Die Expertise verdeutlicht aber auch, dass unser Bildungssystem noch viele andere Baustellen hat“, betont Dr. Klaus Kinkel, Vorsitzender der Deutsche Telekom Stiftung.

„Die Studie belegt eindrücklich, dass wir einen länderübergreifenden Rahmen brauchen, um mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland zu schaffen. Wir brauchen zudem mehr Freiheiten für die Schulen vor Ort. So zeigen die Preisträgerschulen des Deutschen Schulpreises, dass wichtige Reformimpulse für unsere Schullandschaft an der Basis entstehen und von vielen ganz hervorragenden Einzelschulen kommen“, sagt Dr. Ingrid Hamm, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung.

Laut der Untersuchung ist die Zusammenführung von innerer und äußerer Schulsteuerung dringend notwendig. Das heißt: Die Kommunen brauchen erweiterte Zuständigkeiten, damit sie sich nicht nur um die äußeren (z.B. Errichtung und Unterhalt der Gebäude, Materialien) sondern auch um die inneren (z.B. Anstellung, Ausbildung, Qualitätssicherung der Lehrkräfte, Lehrpläne) Schulangelegenheiten kümmern dürfen. Ebenso müssen die Bundesländer intensiver zusammenarbeiten, damit sie voneinander lernen und größere Aufgaben der Bildungspolitik gemeinsam angehen können. Ferner soll die Lehrerbildung vereinheitlicht und die bestehenden Bildungsstandards mit Unterstützung des Bundes umgesetzt werden. Viele Probleme, die in der politischen Diskussion im Vordergrund stehen, könnten bereits unter den derzeitigen Rahmenbedingungen angepackt werden. So zum Beispiel das Thema Mobilität: Demnach würde die Einrichtung spezifischer Serviceangebote an den Schulen Probleme beim Umzug von einem in ein anderes Bundesland wirksam verhindern.

Die Deutsche Telekom Stiftung und die Robert Bosch Stiftung werden eine Expertenrunde beauftragen, auf Basis der Expertise von Prof. Dr. Jürgen Oelkers ein umfassendes Konzept zur Optimierung des Bildungsföderalismus in Deutschland zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2012 vorliegen.

Die Expertise „Bildungsföderalismus und Kooperationsverbot“ (39 Seiten) steht im Internet unter [http://www.telekom-stiftung.de/expertise\\_oelkers](http://www.telekom-stiftung.de/expertise_oelkers) zum Download zur Verfügung.

**Kontakte für die Presse:**

Deutsche Telekom Stiftung  
Konrad Hünerfeld  
Tel.: 0228 - 181 92031  
k.huenerfeld@telekom.de  
www.telekom-stiftung.de

Robert Bosch Stiftung  
Stefan Schott  
Tel.: 0711 46084-60  
stefan.schott@bosch-stiftung.de  
www.bosch-stiftung.de